

Themen aus dem Landtag (21. Tagung vom 27. März bis 29. März 2019)

Ein soziales und friedliches Europa ist ein Projekt von uns allen!

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag (Drucksache 19/1368) zur nächsten Landtagssitzung eingebracht, dessen Ziel ein sozialeres Europa ist, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit, gerechte Steuern und eine soziale Grundsicherung schafft.“ Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Für eine gute Zukunft braucht Schleswig-Holstein ein starkes, geeintes und solidarisches Europa ohne Grenzen. Die Europäische Union steht aktuell vor wichtigen Entscheidungen und Weichenstellungen. Der Ausstieg des Vereinten Königreichs wird Auswirkungen auf die EU der 27 Staaten und konkrete Folgen für die Menschen haben. 2019 wird es ein neu zusammengesetztes Europäisches Parlament und eine neue EU-Kommission geben. 2020 beginnt eine neue EU-Förderperiode. Diese Anlässe fordern dazu auf, Europa gemeinsam so zu gestalten, dass die zentralen Errungenschaften der EU Frieden, Freiheit und Wohlstand auch künftig gewahrt bleiben. Das Europa von heute ist keine Selbstverständlichkeit. Europa ist das Zukunftsprojekt für die Menschen auf unserem Kontinent. Jetzt ist die Chance und die Notwendigkeit, mit den Menschen Europa sozialer, innovativer und bürgernäher zu gestalten. Ein Europa der Zukunft braucht eine Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten, um solidarisch und auf der Grundlage der europäischen Werte geeint allen Menschen in Europa ein friedliches und zufriedenes Leben zu ermöglichen. Abschottung und nationale Alleingänge führen zu einer Spaltung der Union und zu Isolation. Wachsendem Rechtspopulismus und Nationalismus muss entschieden entgegengetreten werden. Viele Probleme lassen sich heute nicht mehr auf der Ebene der Nationalstaaten lösen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Neuordnung der Kitafinanzierung: CDU, FDP und Grüne haben den Mund zu voll genommen

Anlässlich der Regierungserklärung zur Vorstellung der Eckpunkte zur Kitareform erklärt die stv. Vorsitzende und familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

FDP und Grüne haben versprochen, die Eltern im Zuge der Neuordnung der Kitafinanzierung noch in dieser Legislaturperiode zu entlasten und die Qualität in den Einrichtungen überall zu steigern. Mit ihren Versprechen hat die Landesregierung bei den Bürgern hohe Erwartungen geweckt. Diese werden durch die jetzt vorliegenden Pläne enttäuscht. In vielen Städten und Gemeinden wird der Beitragsdeckel für die Eltern keine Verringerung der Kita-Gebühren bringen. Im Gegenteil: Mit dem Wegfall des Kitageldes kommt es für viele Familien sogar zu einer Mehrbelastung. Zudem gibt es bei den Eltern Ängste, dass Kommunen, in denen Kitagebühren derzeit unterhalb des geplanten Beitragsdeckels liegen, die Kita-Gebühren bis an die neue definierte Grenze anheben. Das Reformvorhaben wird auch nicht zu mehr Qualität in allen Einrichtungen führen, denn viele Kommunen liegen mit ihren Kitas schon heute – teilweise deutlich – über den nun geforderten Mindeststandards der Referenzkita.

Weiterhin haben wir in Schleswig-Holstein einen enormen Bedarf an Kita-Plätzen, deren Anzahl fortlaufend ausgebaut werden muss. Steigende Platzzahlen gehen mit einem erhöhten Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern einher. Es wird nicht reichen, Lücken nur mit Quereinsteigerprogrammen zu füllen. Die Erzieherausbildung muss attraktiver werden – auch dafür Bedarf es weiterer Reformen. Wirkliche Entlastung gibt es nur mit kompletter Beitragsfreiheit und die wird es nur mit der SPD geben. Anders als von Landesregierung gerne suggeriert wird, schließt die Erhöhung der Qualität in der Kita vor Ort die Umsetzung der Beitragsfreiheit nicht aus. Beides gleichzeitig ist möglich – lediglich der politische Wille dazu fehlt. Unsere SPD-regierten norddeutschen Nachbarländer machen es uns vor. Was dort unter ähnlichen Bedingungen möglich ist, muss auch für Schleswig Holstein gelten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es im weiteren Verfahren zu einer Verbesserung der Ergebnisse kommt. Wieviel Geld tatsächlich bei den Menschen vor Ort ankommt und welche Qualitätsverbesserung es wirklich geben wird, werden wir erst in ein paar Jahren sehen können. Eines steht jedoch jetzt schon fest: Eltern und Kommunen haben sich durch die Versprechungen zu Recht viel mehr erwartet.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



**MONATLICHER BEITRAG
BEI U3 - 5 STUNDEN BETREUUNG**

Ort	Monatlicher Beitrag
Flensburg	100€ MEHR
Kiel	80€ MEHR
Neumünster	100€ MEHR
Itzehoe	52€ MEHR
Norderstedt	100€ MEHR
Lübeck	43 € MEHR

Alle Eltern entlastet?

JAMAICA KITA-REFORM

SPD FRAKTION SCHLESWIG-HOLSTEIN

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Der wahre Markenkern dieser Koalition ist Uneinigkeit

Zur aktuellen Stunde erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Auf der einen Seite beschwören CDU, FDP und Grüne pausenlos den großartigen Umgang miteinander und loben den neuen Stil und dann werden Parteitage dazu genutzt, um überdeutliche Warnungen an den Koalitionspartner zu formulieren. So geschehen am vergangenen Wochenende, als Grüne und FDP Landesparteitage abhielten, bei denen die Reform des Polizeigesetzes für heftigen Streit zwischen den beiden Parteien sorgte. In Koalitionen, in denen man gut und gerne miteinander regiert, ist das reichlich ungewöhnlich – zumindest haben wir diese Erfahrung in der Küstenkoalition gemacht. Passieren solche Dinge trotzdem, mag das eine Menge über den wahren Zustand dieser Koalition aussagen.“

Die Lieblingsstrategie Jamaikas war bislang, unliebsame Themen unter Geld zu begraben, bis alle Kritik verstummte. Mit der schwächelnden Konjunktur ist diese Strategie aber an ihre Grenzen gekommen. Überall dort, wo CDU, FDP und Grüne mit Geld nicht weiterkamen, wurden unangenehme Themen vertagt, verschoben, hinter Prüfaufträgen versteckt oder schlicht gemieden. Was aus dieser parlamentarischen Prokrasteritis im schlimmsten Fall erwächst, beobachten wir beim Abschiebehafengesetz. Würden wir ausschließlich über das Polizeigesetz und die Abschiebehaf sprechen, wäre das schlimm genug. Allerdings ist beides nur die Spitze des Eisbergs. Egal ob bei Parität in Parlamenten, Fehmarnbeltquerung, Mindestausbildungsvergütung, Weiterplanung der Bahnstrecke Schönberg-Kiel, dem LNG-Terminal in Brunsbüttel, dem Landesentwicklungsplan oder Themen wie Plastik auf Kunstrasen sowie Burkas an Unis, überall zeigt sich: Der wahre Markenkern dieser Regierung ist Uneinigkeit. Nach knapp zwei Jahren Honeymoon ist die große Jamaika-Party vorbei. Die Bürger wollen aber keinen Toleranzstuhlkreis, sondern eine handlungsfähige Regierung – und davon kann derzeit keine Rede sein.“

Engpässe bei Kurzzeitpflegeplätzen: Die Landesregierung muss dringend handeln

Schleswig-Holsteins Pflegestützpunkte warnen vor einem zunehmenden Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen. Es wird für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen immer schwieriger, einen Platz in Kurzzeitpflege zu finden. Dieser Missstand muss unbedingt behoben werden. Die SPD hat deshalb dazu einen Antrag (19/1362) zur letzten Landtagssitzung zu diesem Thema eingebracht. Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

„Man spricht von Kurzzeitpflege, wenn eine pflegebedürftige Person für eine begrenzte Zeit eine vollstationäre Pflege benötigt. Das kann nach einem Krankenhausaufenthalt der Fall sein oder aber, wenn pflegende Angehörige sich selbst in Behandlung begeben müssen oder in einen wohlverdienten Urlaub möchten. Wir haben z.Zt. 1595 sogenannte „eingestreuete“ Kurzzeitpflegeplätze also Betten im normalen vollstationären Bereich. In wenigen Häusern gibt es dafür eine extra Abteilung. Die Einrichtungen sind nicht verpflichtet, diese Plätze auch wirklich für die Kurzzeitpflege freizuhalten. Gibt es eine Bewerbung für eine vollstationäre Pflege, wird der Platz belegt. Das Vorhalten von Kurzzeitpflege ist für die Einrichtungen wirtschaftlich und organisatorisch nicht attraktiv, weil es einen erhöhten Aufwand bedarf. Es obliegt den Trägern der Einrichtungen, ob sie das wirtschaftliche Risiko einer Kurzzeitpflege tragen können und wollen. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene verspricht daher die Stärkung einer verlässlichen Kurzzeitpflege durch die Sicherstellung einer wirtschaftlich tragfähigen Vergütung. Aber das wachsende Problem ist, dass die Einrichtungen voll sind. Die Nachfrage nach vollstationärer Pflege steigt im Takt mit einer immer älter werdenden Gesellschaft.

Weitere Auswirkungen auf die Kurzzeitpflegesituation hat das mangelnde Personal. Sinn und Zweck einer Kurzzeitpflege z.B. nach einem Krankenhausaufenthalt ist es ja, die Selbstständigkeit wieder so herzustellen, dass das Leben mit oder ohne Hilfe zu Hause möglich ist. Dazu bedarf es natürlich ausreichend Personal - Pflegekräfte aber auch Therapeuten. In einer solitären Kurzzeitpfleeinrichtung ist durch Einsatz von multiprofessionellen Teams - Pflege und Therapeuten und gezielten Pflegekonzepten der Erfolg der Überleitung in die Häuslichkeit deutlich höher als bei den eingestreuerten Plätzen. Demnach werden 65% der Patienten einer solitären Kurzzeitpfleeinrichtung in die Häuslichkeit entlassen, bei den eingestreuerten Plätzen in Pflegeheimen sind es nur 47%. Bei den eingestreuerten Plätzen erfolgt zu rund 45 % eine direkte Überleitung in die vollstationäre Pflege, bei den Solitäreinrichtungen sind es nur 20%. In Schleswig -Holstein haben wir diese Vergleichszahlen nicht, weil wir gar keine solitären Kurzzeitpflegeplätze haben. Wenn die Pflegestützpunkte mir aber sagen, dass ca. 60 bis 70% derer, die in der Kurzzeitpflege sind, vollstationär bleiben, dann sehe ich hier dringenden Handlungsbedarf. Denn der Wunsch der meisten Menschen ist es, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Sie darin zu unterstützen, muss unsere Aufgabe sein.“

Spitzensportler*innen sind Spitzenvorbilder!

Die wenigsten Sportler können von der Ausübung ihres Sports alleine leben. Viele müssen sich neben ihrem anstrengenden Training auch noch um Ausbildung und Job kümmern – das gilt insbesondere für Sportler mit einer Behinderung, denn ihnen fehlt oft ein Sponsor. Um Sport und Beruf deshalb besser miteinander vereinen zu können, fordern wir von der Landesregierung in einem Antrag (Drucksache 19/1364), dass das Land zukünftig einen Pool von 5

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Sportförderstellen bereitstellt. Dazu erklärt die sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kathrin Wagner- Bockey:

„Breiten-, Spitzen- und Profisport haben einen Platz in Schleswig-Holstein. Der Sport in seiner gesamten Breite ist in unserer Gesellschaft von hoher Bedeutung. Die Strahlkraft von erfolgreichen Spitzensportler*innen sowie deren Vorbildfunktion für den Breitensport sind unbestritten. Wenn sich junge Menschen für eine Spitzensportkarriere entscheiden, nehmen sie eine Menge Entbehrungen auf sich. Eine zukunftsfähige Sportpolitik sollte sich deshalb darum kümmern, dass es in diesen Fällen möglich ist, eine duale Ausbildung im Landesdienst zu absolvieren. Dies gilt für Spitzensportler*innen mit- und ohne Behinderung gleichermaßen. Wir fordern die Landesregierung auf, derartige Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Zudem fordern wir ein Konzept zu entwickeln, wie mehr Anreize für Arbeitgeber*innen in der freien Wirtschaft geschaffen werden können.“

Die SPD bekennt sich klar zur Schönberger-Strandbahn!

Der Ausbau der Bahnstrecke von Kiel zum Schönberger Strand bietet Potenzial für zusätzlichen Tourismus in der Region und schließt fünf Gemeinden an das Bahnnetz an. Nachdem Ministerpräsident und Wirtschaftsminister den Ausbau offen gelassen haben, fordert die SPD ein klares Bekenntnis von der Regierung. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kai Vogel:

„Dass die Landesregierung der Pendlerbahn jetzt das Messer an die Brust gelegt hat, ist ein herber Rückschlag für die Region. Die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs hat für CDU, FDP und Grüne offensichtlich keine Priorität mehr. Immer nur von Umwelt- und Klimaschutz zu sprechen und wenn es dann darauf ankommt einzuknicken, untergräbt die Glaubwürdigkeit von Politikern. Die Strandbahn ist ein wichtiges Projekt für die Region. Wir können den Ärger der Bürgermeister aus der Probstei und den angrenzenden Regionen verstehen. Die SPD steht fest hinter dem Projekt! Ministerpräsident und Wirtschaftsminister sollen endlich aufhören, die Pendlerinnen und Pendler und die Menschen in der Region zu verunsichern und ein klares Bekenntnis zur Reaktivierung der Bahn abgeben. Auch dass die Luft am Kieler Ostring so unrein ist, ist direktes Resultat des starken Verkehrs, der sich in dem Gebiet zu einem echten Problem für die Anwohner entwickelt hat. Es muss deshalb unser aller Ziel sein, so viele Menschen wie möglich vom öffentlichen Nahverkehr zu überzeugen, um auch unsere Straßen zu entlasten. Das können wir nur dann schaffen, wenn es auch ein entsprechendes Angebot gibt. Jamaika darf dieses wichtige Infrastrukturprojekt nicht blockieren.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Equal Pay Day: Frauen und Männer müssen für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn bekommen

Zum Equal Pay Day am 18.03.2019 erklärt die stv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

“Der Equal Pay Day markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied, der durchschnittlich 21% beträgt – auch in Schleswig-Holstein. Erst ab diesem Tag arbeiten Männer und Frauen bei gleicher Bezahlung. Umgerechnet ergeben sich daraus 77 Tage, die Frauen in diesem Jahr umsonst gearbeitet haben. Dass Frauen auch im Jahr 2019 für gleichen Lohn immer noch kämpfen müssen, ist ungerecht und einer modernen Gesellschaft nicht würdig. Für die SPD ist klar: Frauen und Männer müssen für gleiche Arbeit auch gleichen Lohn bekommen. Es darf keine Ausnahmen geben! Vor allem „typisch weibliche“ Berufe wie Altenpflegerin, Erzieherin und Verkäuferin verdienen noch viel weniger als „typisch männliche“ Berufe. Aber auch Akademikerinnen verdienen in gleicher Position meist weniger als ihre männlichen Kollegen. Ändern können wir dies nur durch Veränderung des Lohngefälles und Transparenz. Frauen können den ihnen zustehenden Lohn nur dann einklagen, wenn sie von der Ungleichheit wissen. Deshalb war das Gesetz zu mehr Lohngerechtigkeit aus dem Jahr 2017 von der damaligen Familien- und Frauenministerin Manuela Schwesig ein wichtiger und richtiger Schritt. Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben seither das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden. Wer ungerecht behandelt wird, dem steht eine Anpassung seines Gehalts zu – und das auch rückwirkend. Sollten die bestehenden Gesetze gegen Lohndiskriminierung nicht ausreichen, müssen sie geändert oder ergänzt werden – auch gegen den Widerstand frauenpolitischer Neandertaler aus den Reihen von CDU, FDP oder der AFD.“

Die Landtagsreden finden Sie auch auf unserem Youtube-Channel:

<https://www.youtube.com/watch?v=kzwHz3izG7U&list=PLGzAssPs-oLu4JmiUs3VnqMHbkOVxwsNi>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de